

Presseaussendung

Neue Wohnbeihilfe-Richtlinien der Landesregierung: Wo ist die Entlastung der unteren Erwerbseinkommen?

Das von der Armutskonferenz vorgeschlagene Modell ist einfacher, innovativer und wirkungsvoller

Die jüngst von der Landesregierung vorgelegten Änderungen bei den Wohnbeihilfe-Richtlinien sind aus Sicht der Vorarlberger Armutskonferenz **ernüchternd**. Von der in Aussicht gestellten grundlegenden Reform ist nicht viel mehr übrig geblieben als eine **unzureichende Erhöhung der Richtsätze**. „Die Situation der unteren und mittleren Einkommen scheint die Landesregierung nur dann zu interessieren, wenn gerade Wahlkampf ist oder die Mindestsicherung gekürzt werden soll“, zeigt sich der Sprecher der Armutskonferenz Michael Diettrich enttäuscht. Auch von den im Wahlprogramm der wahrscheinlichen Kanzlerpartei ÖVP **versprochenen Steuerentlastungen** werden niedrige Einkommen ebenso wenig haben wie solche in der unteren Mitte. „Für diese Einkommensgruppen sind gezielte Sozialleistungen wie die Wohnbeihilfe hilfreicher“, ergänzt Diettrich

Steuerentlastungen helfen den unteren Erwerbseinkommen nicht

Mehr als 40 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen verdienen **maximal 1.830 Euro brutto** pro Monat, **25 Prozent** sogar so wenig, dass sie überhaupt **keine Lohnsteuern** zahlen. Bei einer **Reduktion des Eingangssteuersatzes** von 25 auf 20 Prozent, wie sie der Kanzlerkandidat der ÖVP Sebastian Kurz ins Spiel brachte, haben Erwerbstätige mit 1.830 Euro brutto im Monat **ganze 28,60 Euro mehr** im Börserl.¹ „Von Lohnsteuersenkungen und Steuerfreibeträgen profitieren grundsätzlich vor allem die oberen Einkommen, die mehr Lohn- und Einkommenssteuern zahlen“, erläutert Diettrich. Bei 1.830 Euro brutto bringe auch eine **Abschaffung der Kalten Progression** nicht viel. Diettrich: „Da springt bestenfalls **eine Tasse Kaffee pro Monat** in einem sehr, sehr günstigen Kaffeehaus heraus.“

Sozialleistungen wie die Wohnbeihilfe sind wirksamer – Wohnbeihilfe in Vorarlberg angesichts bundesweit höchster Mieten nur Mittelmaß

Treffsicherer als Steuererleichterungen sind gezielte Sozialleistungen, insbesondere im Bereich **Wohnen**. Laut dem Konjunkturbericht der OeNB 2017 zahlt das **unterste Einkommensviertel** der österreichischen Haushalte **50 Prozent seines Nettoeinkommens für Wohnkosten** (Miete, Betriebs- und Energiekosten).² Zwar sind in diesen Nettoeinkommen keine Sozialleistungen enthalten, aber gerade dies macht deutlich, wie wichtig Sozialleistungen für diese Haushalte sind.

In diesem Zusammenhang relativiert sich auch der immer wiederkehrende Hinweis der Landesregierung, **Vorarlberg** zahle die **höchsten Wohnbeihilfen aller Bundesländer**. Setzt man nämlich die durchschnittlich gezahlten Wohnbeihilfen ins Verhältnis zu den Durchschnittsmieten inkl. Betriebskosten, liegt der von Vorarlberger WohnbeihilfebezieherInnen **zu zahlende Eigenanteil** nicht mehr und nicht weniger als im **bundesweiten Mittel**. Dies gilt sowohl für gemeinnützige Wohnungen, als auch für private³. Gleich welches Segment man betrachtet, hat **Vorarlberg** nämlich die **höchsten Mieten aller**

Bundesländer. „Wer jahrelang beim gemeinnützigen Wohnbau geschlafen hat und deshalb die höchsten Mieten aller Bundesländer sein Eigen nennt, braucht sich über die höchste Wohnbeihilfe nicht zu wundern und muss sich schon gar nicht dafür loben“, kommentiert, der Sprecher der Armutskonferenz.

Das Wohnbeihilfe-Modell der Vorarlberger Armutskonferenz entlastet wirklich

Zwar präferiert die Armutskonferenz weiterhin die Schaffung leistbaren Wohnraums durch mehr gemeinnützigen Wohnbau sowie eine Erhöhung der Löhne als Mittel zur Verbesserung der finanziellen Lage der unteren und mittleren Einkommen. Aber solange man diesbezüglich nicht vorankommt, ist die **Wohnbeihilfe** das ideale Instrument, einen gerechtfertigten **Abstand zwischen Mindestsicherung und niedrigen Erwerbseinkommen herzustellen**. Die **Armutskonferenz** beharrt deshalb weiterhin auf ihrem Ende Juni diesen Jahres **vorgelegten Modell der Wohnbeihilfe**.⁴ Das ist unkomplizierter als das derzeitige praktizierte Modell und **garantiert nach Abzug der Wohnkosten** ähnlich wie die Mindestsicherung ein **verfügbares Mindesteinkommen**. Dieses Mindesteinkommen (einschließlich aller Sozialleistungen) läge nach Vorstellungen der Armutskonferenz zwischen rund **300 Euro bei Alleinstehenden** und rund **400 Euro bei einem Paar mit 2 Kindern über den Sätzen der Mindestsicherung**. Bis zu einem nach Abzug der Wohnkosten verfügbaren Einkommen von

- **997 Euro** bei **Alleinstehenden**
- **1.633 Euro** bei **Alleinerziehenden mit 1 Kind**
- **1.768 Euro** bei einem **Paar mit 1 Kind**
- **2.074 Euro** bei einem **Paar mit 2 Kindern**

sollten dem Modell zufolge wie in der Mindestsicherung die **gesamten Wohnkosten** (Miete und Betriebskosten) **von der Wohnbeihilfe übernommen** werden. Die derzeitige Wohnbeihilfe kommt lediglich bei Alleinstehenden in die Nähe des Modells der Armutskonferenz, ganz abgesehen davon, dass es viel zu niedrige förderbare Mietpreise zugrunde legt.

Wie man das Modell der Armutskonferenz finanzieren kann

Das Modell der Armutskonferenz würde in der Tat zu deutlichen Kostensteigerungen in der Wohnbeihilfe führen. Wie man das aus dem Landeshaushalt finanziert, hat die Armutskonferenz bereits bei der Präsentation des Modells im Juni 2017 dargelegt. Aber abgesehen davon: Wenn die beiden Parteien der wahrscheinlichen künftigen Bundesregierung laut ihren Wahlprogrammen schon ein Einsparvolumen von 10 bis 16 Mrd. Euro für machbar halten, dann sollten sich wenigstens **1 Mrd. Euro zusätzlich für die Bundesländer zur Erhöhung der Wohnbeihilfe** ausgeben. Das könnte man z.B. über den **Verzicht auf eine wirtschaftlich völlig unsinnige Reduktion der Körperschaftssteuer für Unternehmen** (Wahlprogramm der ÖVP: um **1 Mrd. Euro**, Wahlprogramm der FPÖ: um **1,5 Mrd. Euro**) bewerkstelligen. In **Vorarlberg** stünden dann rund **40 Mio. Euro mehr** zur Verfügung, mit denen man das **Wohnbeihilfe-Modell der Armutskonferenz leicht umsetzen** und eine **wirkliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen aus Erwerbstätigkeit erreichen** könnte. Zudem würde ein Gesamtvolumen von 1 Mrd. Euro bundesweit die **Nachfrage der privaten Haushalte** in gleichem Umfang **anregen** wie die letzte Steuerreform. „Und spätestens seit der letzten Steuerreform wissen wir, dass mehr Wirtschaftswachstum und mehr Investitionen durch mehr Nachfrage der privaten Haushalte entstehen⁵ und nicht durch Steuergeschenke an Unternehmen – wie sie z.B. eine Reduktion der Körperschaftssteuer darstellt. Das **Wohnbeihilfe-Modell der Armutskonferenz** ist deshalb auch **wirtschaftlich sinnvoll**“, erläutert Diettrich.

Bregenz, den 28.11.2017

Anmerkungen:

¹ Berechnung einer Steuerkanzlei im Auftrag der Armutskonferenz

² OeNB, Die Wohnkostenbelastung der österreichischen Mieterhaushalte, in: dies., Konjunktur aktuell. Berichte und Analysen, Juni 2017, S. 31 ff

³ Quellen: Statistik Austria, Mikrozensus 2009 bis 2016 (für Wohnkosten) und Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen, Wohnen im Ländle – Performance der Vorarlberger Wohnbauförderung, 02.02.2017 (für Wohnbeihilfe)

⁴ s. Presseaussendung der Vorarlberger Armutskonferenz vom 29.06.2017

⁵ So sieht es bspw. auch die EU-Kommission in ihrer Herbstprognose für Österreich im November 2016: „Wachstumstreiber Konsum: mit erhöhtem Konsum sind auch die Investitionen gestiegen.“ (zitiert nach: BMWFW, Wirtschaftspolitisches Datenblatt, Stand: 16.12.2016).

Bregenz, am 28.11.2017

SPÖ unterstützt Wohnbeihilfe-Modell der Vorarlberger Armutskonferenz Kritik an neuen Wohnbeihilfe-Richtlinien der Landesregierung

Die SPÖ teilt die Kritik der Vorarlberger Armutskonferenz an den neuen Wohnbeihilfe-Richtlinien der Landesregierung. „An den ‚neuen‘ Richtlinien ist nichts Nennenswertes wirklich neu. Es wurde lediglich an einer kleinen Stellschraube gedreht. Das System bleibt das Alte. Es ist zwar an sich gut, dass die Richtsätze angehoben wurden. Das alleine wird aber keine großen Auswirkungen haben“, gibt SPÖ-Wohnraumsprecher Michael Ritsch zu bedenken. Denn die Wohnbeihilfe benötige kein Mini-Update, sondern einen Systemwechsel.

Zu wenig, zu spät

Der Sozialdemokrat hätte sich mutige Neuerungen gewünscht. Im Wohnbeihilfe-Modell der Armutskonferenz habe er eine gute Lösung gesehen: „Die Armutskonferenz hat ein durchdachtes Konzept vorgelegt. Dieser Vorschlag würde tatsächlich dazu beigetragen, dass die Wohnbeihilfe an die teure Realität am Vorarlberger Wohnungsmarkt angepasst wird. Damit wäre tausenden Familien wirklich geholfen.“ Stattdessen setze die schwarz-grüne Landesregierung die Fehler der letzten Jahre fort. Michael Ritsch: „Das Regierungsmotto lautet hier wie auch in anderen Bereichen: zu spät, zu wenig. Die Rechnung für diese verfehlte Politik von ÖVP und Grünen zahlen die Vorarlberger Mieter – und das monatlich.“

Mehr Wohnbeihilfe statt Steuerreform

Armutskonferenz bemängelt die Treffsicherheit der Steuerpläne.

BREGENZ Jeder möchte entlastet werden, etwa steuerlich. Die Politik macht sich das alle paar Jahre zur Agenda und ändert das Steuerrecht. Speziell vor Wahlen fordern Parteien mehr Geld für die Bürger. Diesen Herbst war das nicht anders, in den Wahlprogrammen fanden sich Steuerreduzierungen bis in den zweistelligen Milliardenbereich. Für Michael Diettrich von der Vorarlberger Armutskonferenz steht jedoch fest, dass niedrige Einkommen von der vorgeschlagenen Reform im Wahlprogramm der zukünftigen Kanzlerpartei ÖVP kaum profitieren. „Für diese Einkommensgruppen sind gezielte Sozialleistungen wie die Wohnbeihilfe hilfreicher“, ist er überzeugt.

Diettrich rechnet vor: Mehr als 40 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen verdienen maximal

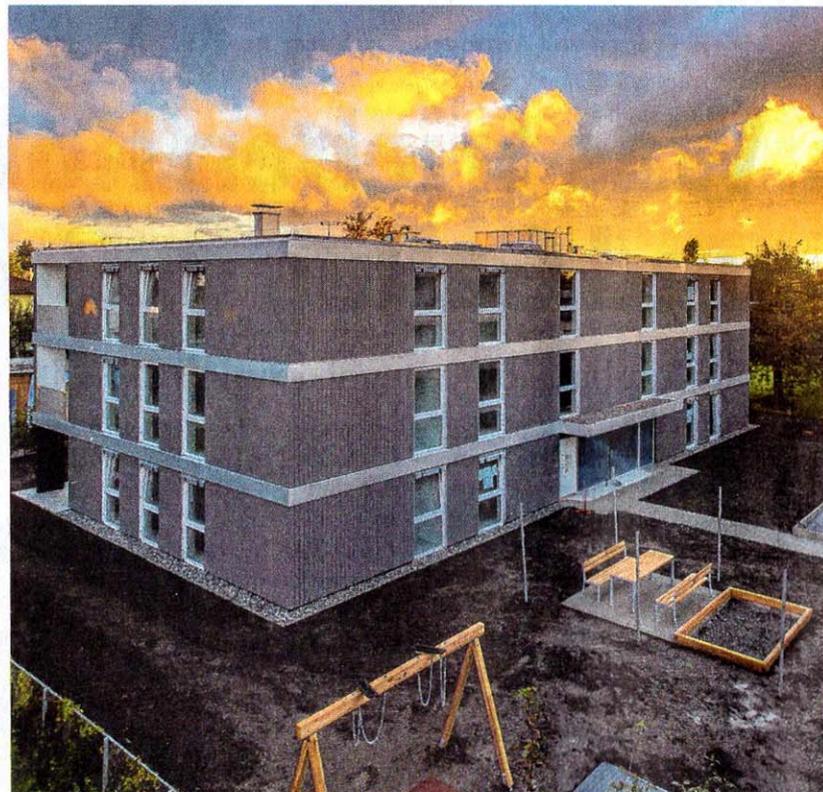
1830 Euro brutto, 25 Prozent sogar so wenig, dass sie keine Lohnsteuer zahlen. Die ÖVP brachte die Idee ins Spiel, den Eingangssteuersatz von 25 auf 20 Prozent zu senken. „Damit haben Erwerbstätige mit 1830 Euro im Monat ganze 28,60 Euro mehr in der Geldtasche“, meint Diettrich. Gezielte Sozialleistungen seien treffsicherer.

Ernüchternde Änderung

Kürzlich hat die Landesregierung die Wohnbeihilfe leicht erhöht. Diettrich bezeichnet die Änderung als ernüchternd. „Von der in Aussicht gestellten Reform ist nicht viel mehr übrig geblieben als eine unzureichende Erhöhung“, sagt er. Zwar betone das Land, die höchste Wohnbeihilfe zu bezahlen, die hohen Mieten relativierten dieses Argument aber. Die Armutskonferenz

hat deshalb ein eigenes Modell vorgeschlagen, wonach ein Mindesteinkommen einschließlich aller Sozialleistungen zur Berechnung herangezogen wird. „Unser Modell entlastet wirklich“, hält er fest. Nach Abzug von 997 Euro für Alleinstehende, 1633 Euro wenn ein Kind dabei ist, 1768 bei einem Paar mit einem Kind und 2074 Euro bei einem Paar mit zwei Kindern sollen die gesamten Wohnkosten von der Beihilfe übernommen werden. „Wenn die beiden Parteien der Bundesregierung schon Einsparvolumen von zehn bis 16 Milliarden für machbar halten, sollte sich wenigstens eine Milliarde Euro für die Wohnbeihilfe der Bundesländer ausgeben“, findet Diettrich.

Unterstützung erhält er von der SPÖ. „An den Richtlinien ist nichts nennenswert Neues. Es ist zwar



Die Wohnbeihilfe in Vorarlberg wird leicht erhöht, die Armutskonferenz vermisst grundlegende Reformen. VN/STEURER

gut, dass die Richtsätze angehoben würden, das System bleibt aber das alte“, resümiert Klubobmann Michael Ritsch. Er meint: „Der

Vorschlag würde die Wohnbeihilfe an die teure Realität in Vorarlberg anpassen. Damit wäre Tausenden Familien geholfen.“ **VN-MIP**

Wohnbeihilfe: Neue Richtlinien enttäuschen

Michael Diettrich von der Vorarlberger Armutskonferenz kritisiert das hiesige Wohnbeihilfe-System. Er pocht auf eine grundlegende Reform.

Die Situation der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen scheint die Landesregierung nur dann zu interessieren, wenn gerade Wahlkampf ist oder die Mindestsicherung gekürzt werden soll.“ Mit diesen Worten hat Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, am Dienstag Kritik an den überarbeiteten Wohnbeihilfe-Richt-

linien des Landes geübt. Diese waren vergangene Woche nach der Regierungssitzung vorgestellt worden (die NEUE berichtete). Von der in Aussicht gestellten grundlegenden Reform sei wenig mehr übrig geblieben als eine unzureichende Erhöhung der Richtsätze, meinte Diettrich in einer Aussendung.

Der Hinweis vonseiten der Landesregierung, dass in Vorarl-

berg die bundesweit höchste Wohnbeihilfe gezahlt werde, sieht der Armutskonferenz-Sprecher kritisch. Wenn die hohen Mieten hierzulande berücksichtigt werden, liege der zu zahlende Eigenanteil von Wohnbeihilfeempfängern im österreichischen Mittel, erklärte Diettrich. „Wer jahrelang beim gemeinnützigen Wohnbau geschlafen und deshalb die höchst-

ten Mieten aller Bundesländer sein Eigen nennt, braucht sich über die höchste Wohnbeihilfe nicht zu wundern und muss sich schon gar nicht dafür loben.“

Einmal mehr plädierte Diettrich für das Wohnbeihilfe-Modell, das im Juni dieses Jahres vonseiten der Armutskonferenz vorgestellt wurde. Demnach solle den Empfängern nach Abzug der Wohnkosten ein garantierteres Mindesteinkommen zur Verfügung stehen. Einem Alleinerziehenden mit einem Kind etwa sollten nach diesem Modell 1633 Euro bleiben.

Finanzierung. Die Mehrkosten durch diese Reform schätzte Diettrich im Juni auf 30 Millionen Euro. Auszugleichen wären diese über Einnahmeüberschüsse aus der Wohnbauförderung und über Bundeszuweisungen für den Wohnbau, sagte er damals.

Auch über einen „Verzicht auf eine wirtschaftlich völlig un-

sinnige Reduktion der Körperschaftssteuer für Unternehmen“ könnte das Modell der Armutskonferenz finanziert werden, ergänzte Diettrich gestern. Eine solche Reduktion ist in den Wahlprogrammen von ÖVP und FPÖ vorgesehen. Im Übrigen seien gezielte Sozialleistungen wie die Wohnbeihilfe für Menschen in den unteren und mittleren Einkommensschichten hilfreicher als Steuerentlastungen, sagte Diettrich. Letztere würden Betroffenen nur unwesentlich mehr Geld einbringen.

Beifall fand das Wohnbeihilfemodell der Vorarlberger Armutskonferenz vonseiten der Landes-SPÖ. „Dieser Vorschlag würde tatsächlich dazu beitragen, dass die Wohnbeihilfe an die teure Realität am Vorarlberger Wohnungsmarkt angepasst wird. Damit wäre tausenden Familien wirklich geholfen“, befand der rote Wohnraumsprecher Michael Ritsch.